

Saarland

## Gasspeicher-Strategie gefordert

**[02.04.2026] Das Saarland fordert eine nationale Strategie für Gasspeicher, um sinkenden Füllständen und Marktunsicherheiten zu begegnen. Angesichts geopolitischer Spannungen und steigender Preisrisiken wächst der Druck auf den Bund, rechtzeitig vor der nächsten Heizperiode zu handeln.**

Mit einer Bundesratsinitiative drängt das [Saarland](#) auf die Entwicklung einer nationalen Gasspeicherstrategie. Wie das [Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie](#) mitteilt, reagiert die Landesregierung damit auf aktuell ungewöhnlich niedrige Speicherstände und zunehmende Unsicherheiten auf den Energiemärkten.

Nach Angaben von Energieminister Jürgen Barke (SPD) liegen die Füllstände derzeit bei rund 22 Prozent und damit deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von etwa 40 Prozent zu dieser Jahreszeit. Neben einem kalten Winter sieht er eine weitere Ursache darin, dass im vergangenen Sommer weniger Gas eingespeichert wurde. Hinzu kommt, dass der Bund die gesetzlichen Mindestfüllstände für 2025 von 90 auf 80 Prozent gesenkt hat. Betreiber stehen laut Barke wegen hoher Preisvolatilität unter Druck; allein zum Ausgleich der geringeren Einspeicherungen des Vorjahres könnten Mehrkosten von ein bis zwei Milliarden Euro entstehen.

Barke bezeichnet die Speicher als „Achillesferse der Gasversorgung“ und warnt vor strukturellen Risiken. „Was wir derzeit an den Tankstellen sehen, droht sich zeitverzögert auch bei den Gasendkundenpreisen niederschlagen. Umso wichtiger ist es, dass wir uns jetzt für die nächste Heizperiode rüsten“, sagt er. Ziel der Initiative ist es, die Rolle der Speicher als zentrale Infrastruktur zu stärken und Versorgungsrisiken zu reduzieren.

Zugleich verweist das Ministerium auf Fortschritte bei der Diversifizierung der Gasimporte, etwa durch LNG-Terminals und neue Lieferländer nach dem Wegfall russischer Energie. Diese Fortschritte müssten jedoch durch eine resilientere Speicherstrategie ergänzt werden. Gefordert werden höhere Mindestfüllstände, wirtschaftliche Anreize für Betreiber sowie die Prüfung einer gesetzlich verankerten nationalen Gasreserve. Denkbar sei, einen Teil der Speicherkapazitäten in Höhe von ein bis zwei durchschnittlichen Monatsverbräuchen für Krisenfälle vorzuhalten.

Die Bundesregierung sieht Barke nun in der Pflicht, rasch verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Verwerfungen auf den Energiemärkten infolge des Nahost-Konflikts dürften nicht dazu führen, dass Einspeicherungen ausbleiben oder Speicher stillgelegt werden. „Die Zeit bis zum nächsten Winter läuft – die Bundesregierung muss jetzt handeln, um die Risiken zu minimieren“, so der Minister.

(th)

Stichwörter: Politik, Saarland